

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

28. Sitzung

am Freitag, dem 30. August 2002, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i.V. für Abg. Rolf Fischer

i.V. für Abg. Jürgen Weber

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung	5
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1263	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gebühren an den staatlichen Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein (Hochschulgebührengesetz)	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1905	
3. a) Zukunft der Lehrerbildung	7
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1196	
b) Ergebnisse der Leistungsvergleichsstudie PISA	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1433	
c) Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1946	
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1978	

4. Schulsport**9**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1933

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1963

5. Zwischenbericht des Kultusministeriums zur Evaluation der Kulturförderung**10****6. Vorstellung der Konzepte der Bildungsministerin zur Sprachförderung und zur Einführung der verlässlichen Grundschule****11**

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1263

(überwiesen am 19. Oktober 2001)

hierzu: Umdrucke 15/1791, 15/1902 bis 15/1912, 15/1929, 15/1931,
15/2106, 15/2165

M Erdsiek-Rave teilt mit, die Gespräche mit dem Landesverband der Volkshochschulen und der Landeszentrale für Politische Bildung über eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit seien noch nicht abgeschlossen.

Abg. Eisenberg äußert, sie begrüße die Abkehr von dem vom Ministerium ursprünglich verfolgten Modell einer gemeinnützigen GmbH, halte allerdings die vorgesehene Verbindung mit dem Landesverband der Volkshochschulen – insbesondere die gemeinsame Geschäftsführung - und die Zusammensetzung des Verwaltungsrates für problematisch, und erkundigt sich nach finanziellen Einsparungen der neuen Konstruktion.

M Erdsiek-Rave erwidert, die Unabhängigkeit der jeweiligen Institution bleibe auch bei einer gemeinsamen Geschäftsführung, mit der Synergieeffekte verbunden seien, gewahrt. Von entscheidender Bedeutung seien die Vorteile der Vernetzung der Arbeit der politischen Bildung, deren größter Anbieter die Volkshochschulen seien.

Da das von der Landesregierung im Kuratorium für politische Bildung vorgestellte Konzept zur Zukunft der Landeszentrale parteiübergreifend weitgehend auf Zustimmung stößt, erklärt der Ausschuss den CDU- Antrag einstimmig für erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gebühren an
den staatlichen Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein
(Hochschulgebührengesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1905

(überwiesen am 21. Juni 2002)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Zukunft der Lehrerbildung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1196

(überwiesen am 28. September 2001, vgl. 26. Sitzung am 13. Juni 2002,
TOP 9)

hierzu: Umdruck 15/2461

Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der CDU-Antrag abgelehnt.

b) Ergebnisse der Leistungsvergleichsstudie PISA

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1433

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 14. Dezember 2001)

hierzu: Vorlagen des Bildungsministeriums „PISA-E Synthese Schleswig-Holstein“ und „Maßnahmen und Initiativen Schleswig-Holsteins im schulischen Bereich als Konsequenz aus den PISA-Ergebnissen“

Der Ausschuss nimmt den von der Bildungsministerin am 14. Dezember 2001 im Landtag gegebenen Bericht zur Kenntnis.

c) Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1946

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1978

(überwiesen am 20. Juni 2002)

M Erdsiek-Rave kündigt an, in den nächsten Monaten umfangreiche Änderungen, insbesondere der Orientierungsstufenordnung, Schulartenordnung und des Schulgesetzes, auf den Weg zu bringen.

Die Vertreter der Opposition kritisieren aus pädagogischen und Qualitätsgründen die Absicht der regierenden Mehrheit, die Möglichkeit von Sitzenbleiben und Schrägversetzungen stark einzuschränken.

Die Abg. Dr. Höppner und Birk halten Sitzenbleiben für den falschen Weg, leistungsschwache Schülerinnen und Schüler zu fördern.

M Erdsiek-Rave hält es für problematisch, dass 44 % aller Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein verspätet eingeschult würden oder mindestens einmal sitzenblieben. Um die Sitzenbleiberquote nachhaltig zu senken, arbeite man an einem Konzept zur Vermeidung von Schulversagen (Nachprüfungen in der Hauptschule, individuelle Lernpläne u. a.).

Nach kurzer Verfahrensdiskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, die Beschlussfassung über beide Anträge bis zur nächsten Sitzung, 19. September 2002, zurückzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Schulsport

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1933

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1963

(überwiesen am 21. Juni 2002)

Die Abg. Dr. Höppner und Eisenberg wollen versuchen, bis zur nächsten Sitzung einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Zwischenbericht des Kultusministeriums zur Evaluation der Kulturförderung

(vgl. 26. Sitzung am 13. Juni 2002, TOP 10)

hierzu: Umdrucke 15/1625, 15/1853, 15/2441 und 15/2513

RL Dr. Opitz berichtet über den Stand der Evaluation der Kulturförderung, Umdruck 15/2513.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug erwidert M Erdsiek-Rave, Grundlage der Kulturförderung in den unterschiedlichen Spaten seien auch zukünftig die Empfehlungen der verschiedenen Kommissionen, die auf der Grundlage bestimmter Kriterien zum Teil langwierige und mühsame Beratungen durchführten. Der Abschlussbericht der Gruppe Kulturevaluation werde zu Beginn nächsten Jahres vorliegen und frühestens zum Haushalt 2004 Entscheidungsgrundlage sein.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Vorstellung der Konzepte der Bildungsministerin zur Sprachförderung
und zur Einführung der verlässlichen Grundschule**

(auf Antrag der Abg. Eisenberg, Umdruck 15/2439)

M Erdsiek-Rave trägt vor, Grundlage des Konzepts zur Sprachförderung von Migrantenkindern sei insbesondere das Migrationskonzept der Landesregierung, das eine enge Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Schule voraussetze. Die PISA-Studie bestätige die Richtigkeit und Notwendigkeit der geplanten Maßnahmen, zu deren Umsetzung Bildungs-, Sozial- und Innenministerium in zwei interministeriellen Arbeitsgruppen eng zusammenarbeiteten. Ziel sei die Ausarbeitung von Eckpunkten zur Rahmensteuerung, die es ermöglichen, bei der Umsetzung die entsprechenden Gegebenheiten vor Ort zu berücksichtigen.

Die Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher zur **Sprachförderung** in den Kindertagesstätten, die bereits jetzt die elementare Vermeidung von Sprachstörung und Förderung der phonologischen Bewusstheit umfasse und durch Sonderschullehrkräfte durch die Sprachheilambulatorien und Sprachheilzentren erfolge, solle intensiviert und um die Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund erweitert werden.

Der Anmeldetermin zwecks Durchführung von Sprachstandseinschätzungen solle auf November/Dezember vorverlegt werden. Die Vorverlegung der Einschulungsuntersuchung solle flächendeckend frühestens zum Schuljahr 2003/4 – in Kiel und Lübeck bereits zum Schuljahr 2002/3 – umgesetzt werden, da hierfür eine Änderung des Schulgesetzes und der Meldedatenübermittlungsverordnung notwendig sei. Die Vorverlegung der Schulanmeldung erfordere keine zusätzlichen finanziellen Mittel, außer Kosten für Handreichungen und Informationsmaterial.

Die Sprachförderung insbesondere für Kinder, die keine Kindertagesstätte besucht hätten, aber auch für Schülerinnen und Schüler mit schwachen Deutschkenntnissen, erfolge durch eine Konzentration der vorhandenen Mittel und Stellenkontingente (200 Lehrerplanstellen) auf bestimmte Zentren – verbunden mit entsprechenden Fortbildungsangeboten des IPTS – in Kiel, Lübeck und Elmshorn bereits zum Schuljahr 2002/3, flächendeckend zum folgenden Schuljahr, zum Beispiel durch Deutschintensivkurse.

Die Ministerin weist in diesem Zusammenhang auf eine Landesfachtagung des IPTS zur Sprachförderung am 7. Oktober dieses Jahres in Zusammenarbeit mit dem Sozial- und Innenministerium hin und macht deutlich, dass aufgrund der derzeitigen Gegebenheiten in Schleswig-Holstein ein durch die Schulen angebotener muttersprachlicher Ergänzungsunterricht für die verschiedenen Erstsprachen der Migrantenkinder, verteilt auf die verschiedenen Schularten, zurzeit nicht realisierbar sei. Vorrang habe die Förderung der deutschen Sprache. Gleichwohl werde sich das Ministerium um die Einstellung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund bemühen und dabei auf den Erwerb entsprechender Qualifikationen Wert legen.

Die Abg. Eisenberg und Dr. Klug begrüßen die von der Ministerin vorgestellten Maßnahmen zur Sprachförderung.

M Erdsiek-Rave berichtet weiter, Ziel sei es, schrittweise flächendeckend eine feste, verpflichtende Grundschulzeit von 8 bis 12/13 Uhr im Lande einzuführen und damit zum nächsten Schuljahr an den Grundschulen im Hamburger Umland zu beginnen. Mit den dafür im Haushalt vorgesehenen 50 Planstellen erhielten 1200 Grundschulklassen je 1,1 zusätzliche Lehrerstunden. Wie der um Unterricht, Frühstücks-, Spiel- und Pausenzeiten erweiterte Schulvormittag organisiert werde („rhythmisierte Unterrichtsvormittag“) und inwieweit vom üblichen 45-Minuten-Takt abgewichen werde, solle der einzelnen Schule überlassen werden.

Der Ausschuss begrüßt die geplante Einführung der **verlässlichen Grundschule**.

Hinsichtlich einer institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen vorschulischem Bereich und Grundschule – so führt die Ministerin fort - sei die Frage offen, inwieweit nicht staatliche Träger von Kindertageseinrichtungen verpflichtet werden könnten, mit der Grundschule zusammenzuarbeiten. Vorbildlich sei in diesem Zusammenhang die mit der ADS abgeschlossene Rahmenvereinbarung.

Über alle Maßnahmen müsse mit den betroffenen Verbänden gesprochen werden.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Dr. von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer